

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

AKTUELL

Martin Frick: Auch über 200 m Landesrekord!



(ch) - Seit Dienstagabend ist Martin Frick nicht nur Inhaber des 100-m-Landesrekordes (gestern im VOLKSBLATT), sondern auch über 200 Meter. Der Balzner verbesserte in Luzern die 10 Jahre alte Bestmarke von Markus Büchel um 4 Hundertstel auf 21,40 Sekunden. Auch in dieser Disziplin schaffte Martin Frick somit die WM-Limite. Im Bild: Trainer Hanspeter Gauer (rechts) gratuliert seinem Schützling Martin Frick zum Landesrekord.

Zwei Fahrzeuge pro Sekunde in die Schweiz

In jeder Sekunde fahren mehr als zwei ausländische Motorfahrzeuge in die Schweiz ein. Dies ergab eine Hochrechnung des Bundesamtes für Statistik. Insgesamt passierten im letzten Jahr laut der Hochrechnung 73,1 Millionen ausländische Autos und Motorräder die Schweizer Grenzübergänge. Das sind 2,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Rückgang wird auf den rückläufigen Reiseverkehr zurückgeführt (-4,4 Prozent), der Pendlerverkehr nahm dagegen leicht zu (+ 1,0 Prozent). Zwei Drittel der Einfahrten waren dem Reiseverkehr zuzuordnen.

Steiler Anstieg beim Gasverbrauch

Nach dem Rückgang im letzten Jahr wird in der Schweiz wieder deutlich mehr Gas verbraucht. Wie Swissgas, die Schweizerische AG für Erdgas, bekanntgab, erhöhte sich der Verkauf bis im Mai um 10,2 Prozent. 1994 ging der Gasverbrauch im Vergleich mit 1993 um 1,8 Prozent auf 24,1 Milliarden Kilowattstunden zurück. Zurückzuführen ist dies laut der Mitteilung auf den milden Winter des wärmsten Jahres in der über 100jährigen Messreihe.

Wohnbau-Vorlage der VU-Regierung erlitt Schiffbruch

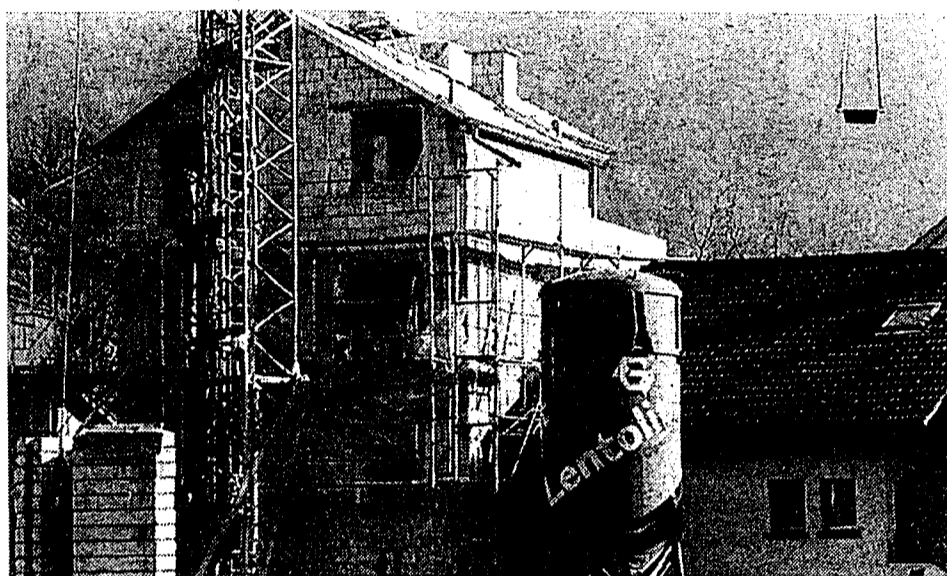
Keine Zurückweisung der Vorlage an die Regierung, weil die Regierung seit der ersten Lesung im Landtag keine Verbesserungen einbrachte

(G.M.) - Fünf Landtagsabgeordnete haben im Bereich der Wohnbauförderung eine nicht leichte Aufgabe übernommen. Nachdem die Regierung mit ihrer Vorlage im Landtag Schiffbruch erlitten hat, weil sie die seit der ersten Lesung im Landtag geforderten Verbesserungen nicht liefern konnte, sollen die Abgeordneten den Gesetzesentwurf überarbeiten. Anstelle der Regierung, die immerhin eine personell gut dotierte Verwaltung hinter sich hat, sind nun Milizparlamentarier gefordert, einen den hiesigen Bedürfnissen gerecht werdenden Vorschlag zu unterbreiten.

Keiner der Abgeordneten konnte sich 1992, als die Regierung Brunhart die Wohnbau-Vorlage im Landtag einbrachte, so richtig mit dem Gesetzesentwurf anfreunden. Zu «unübersichtlich» hatte der VU-Abgeordnete Walter Schädler den Entwurf gefunden, dazu noch mit «Unklarheiten und Widersprüchen» behaftet. Auch der Regierung Frick gelang der grosse Wurf nicht, obwohl die Wünsche und Forderungen an eine künftige Wohnbauförderungspolitik im Landtag 1992 recht eindeutig formuliert worden waren.

Kommission statt Regierungsarbeit

Schon der erste Redner, VU-Präsident Oswald Kranz, kündigte vor Eintreten auf die von der Regierung überarbeitete Vorlage an, dass er für die Bildung einer Landtagskommission plädierte. Diese Haltung zog sich bei den VU-Abgeordneten wie ein roter Faden durch die Argumentation. Der Hinweis des VU-Abgeordneten Lorenz Heeb, wonach die



Nicht die Regierung, sondern eine Landtagskommission hat die Aufgabe erhalten, die Wohnbauförderungsvorlage zu überarbeiten. Damit hat mit der Regierung Frick bereits die zweite VU-Regierung mit ihrer Wohnbauförderung Schiffbruch erlitten. (Archivbild)

Regierungsvorlage «gute Ansätze für ein künftiges Gesetz» aufweise, lässt sich sowohl positiv wie auch negativ auslegen. Positiv gesehen, kann der anschliessend zum Kommissionspräsidenten gewählte VU-Abgeordnete versuchen, auf der vorliegenden Basis weiterzuarbeiten, abzuändern und zu verbessern. Bei negativer Auslegung ergibt sich das Eingeständnis, dass nicht mehr als «Ansätze» vorhanden sind.

Scheitern der VU-Vorlagen

Bereits zum zweiten Mal scheitert eine Wohnbauförderungsvorlage der VU im Landtag. Schon 1973 hatte VU-Regie-

rungschef Alfred Hilbe versucht, eine völlige Konzeptänderung des bewährten Eigenheimförderungsgesetzes durchzusetzen. Auch damals stand die Verschlechterung der finanziellen Förderung der Eigenheime im Mittelpunkt der Regierungsvorlage. Ebenso wollte die VU die verstärkte Förderung von Mietwohnungen im Wohnbauförderungsgesetz verankern.

Und auch zum damaligen Zeitpunkt trug sich die VU mit dem Gedanken, Wohnbeihilfen im Wohnbauförderungsgesetz zu etablieren, statt ein eigenes Gesetz dafür zu schaffen oder diese Hilfeleistungen über die Fürsorge abzu-

wickeln. Damals wie heute nahm die VU-Wohnbauförderungspolitik zu wenig Rücksicht auf die liechtensteinischen Verhältnisse, sondern orientierte sich an ausländischen Modellen der Förderung, die nicht so richtig in unsere Landschaft passen.

FBP-Politik der Eigentumsförderung

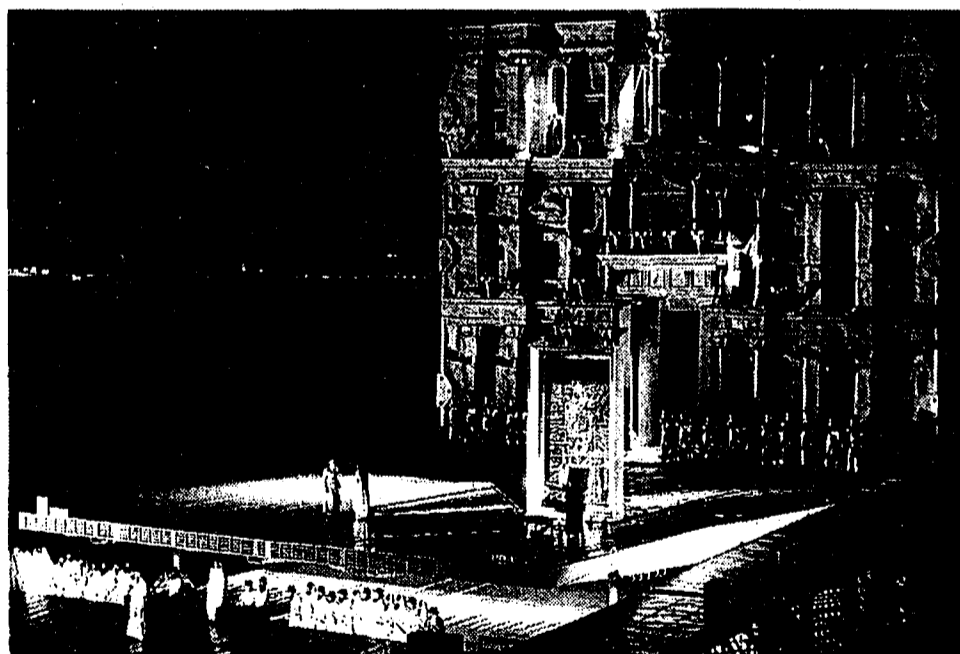
Das unter FBP-Regie 1958 entstandene Eigenheim-Förderungsgesetz musste im Verlaufe seiner bald drei Jahrzehnte dauernden Gültigkeit mehrere Anpassungen und Verbesserungen über sich ergehen lassen. Im Grundkonzept jedoch hat sich die Idee der Eigentumsförderung als richtig und vor allem auch als entwicklungs-fähig erwiesen. Auch heute noch, nachdem eine Verknappung von Bauland aufgrund der starken Bautätigkeit eingetreten ist, präsentiert sich die Grundidee als weiterhin ausbaufähig.

Zu viele Einschränkungen

Demgegenüber erscheint die VU-Vorlage für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Ansatz zwar als richtig, doch für die Umsetzung in der Praxis mit zu vielen Reglementierungen und Einschränkungen belastet. Regierungschef Dr. Mario Frick zeigte sich im Landtag nicht kampfbereit, seine Vorlage zu verteidigen. Vielmehr gab er zu verstehen, dass seine Vorstellungen «wenig Freude» auslösen würden. Nachdem ihm offenbar die Ideen fehlten, die vom Landtag angetönten Verbesserungen in der Gesetzesvorlage umzusetzen, hatte er auch nichts einzuwenden, dass eine Landtagskommission die Vorlage grundlegend überarbeitet.

Zeitung zum Festspiel-Jubiläum

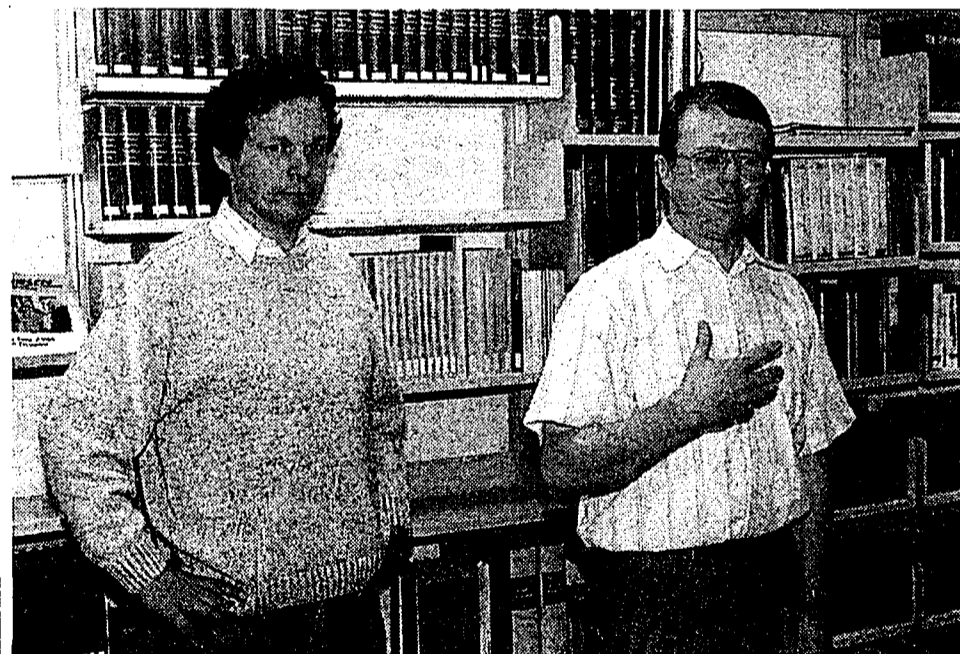
Neue Festspielzeitung liegt heute dem VOLKSBLATT bei



Die Bregenzer Festspiele feiern dieses Jahr das 50jährige Jubiläum. Aus diesem Grund wird in der Region eine Festspielzeitung den führenden Tageszeitungen beigelegt. Auch das VOLKSBLATT gehört zu jenen Zeitung, welche die Festspielzeitung als Beilage haben. Sie ist dieser Ausgabe beigelegt.

Erweiterung der «Schatzkammer»

Neuer Benutzerraum im Liechtensteinischen Landesarchiv



Das Liechtensteinische Landesarchiv konnte einen neuen Benutzerraum in Betrieb nehmen. Der Leiter des Landesarchivs, Dr. Alois Ospelt, und Archivar Paul Vogt stellten gestern die neuen Räumlichkeiten vor und zeigten auch die übrigen Räume des Landesarchivs. (Bild: vito)

Obst- und Gemüse verursachen Teuerungsanstieg

Jahresteuerung auf höchstem Stand seit 17 Monaten - Kein Einfluss der MWST mehr spürbar

Bern (AP) Saisonal bedingte Preiserhöhungen bei Obst und Gemüse haben die Teuerung im Monat Juni leicht beschleunigt. Die Jahresteuerung erreichte mit 2,1 Prozent den höchsten Stand seit 17 Monaten, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Mittwoch mitteilte. Experten sehen aber keine akute Inflationsgefahr.

Der Landesindex der Konsumentenpreise stieg im Juni um 0,2 Prozent auf den Stand von 102,6 Punkten an (Mai 1993 = 100). Im Mai war der Landesindex erstmals in diesem Jahr gesunken, nachdem vor allem die Einführung der Mehrwertsteuer in den ersten vier Monaten des Jahres für einen Anstieg der Teue-

rung gesorgt hatte. Innert Jahresfrist betrug die Teuerung 2,1 Prozent. Eine gleich hohe Jahresteuerrate war letztmals im Januar 1994 registriert worden. Im Mai hatte die Jahresteuerung noch 2,0 Prozent betragen, im Juni 1994 lag sie gar bei 0,5 Prozent. Die Teuerung im Juni ist laut BFS vor allem auf saisonbedingte Preisanstiege bei Obst, Früchten und Gemüse zurückzuführen. Teurer wurden namentlich Gurken, Zucchetti, Fenchel, Lauch und Erdbeeren. Angezogen haben die Preise auch für Mineralwasser, Schweinefleisch und inländische Weissweine. Durch höhere Preise für Früchte und Gemüse verursachte höhere Teuerungsraten im Monat Juni seien

nicht aussergewöhnlich, sagte Gilbert Vez, zuständig für den Konsumentenpreisindex im BFS. Mit Ausnahme von 1993 sei in den letzten Jahren regelmässig im Juni ein Preisanstieg beobachtet worden, bereits im Juli trete aber wiederum saisonbedingt eine Entspannung ein.

Auch bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB) wurde der Teuerungsanstieg im Juni als nicht beunruhigend bezeichnet. Schwankungen im Bereich von 0,1 oder 0,2 Prozent lägen im Rahmen der Erwartungen, sagte SNB-Sprecher Werner Abegg. SNB-Präsident Markus Luser hatte prognostiziert, dass die Jahresteuerung auch bis Ende Jahr bei rund zwei Prozent verharren dürfte.

huber
VADUZ • STÄDTLE 34 • RATHAUSPLATZ
LECH A. ARLBERG • AMBROSIUSPASSAGE

Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.

THONY
9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16 office